

# Der Vollzugsdienst

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

3/2010 - 57. Jahrgang

**Privatisierung im Bereich des Strafvollzuges kontrovers diskutiert!**

Bundesleitung mit Staatssekretär Dr. Max Stadler (FDP) im Gespräch

Seite 1

**Ein Jahr nach dem Start der ersten teilprivatisierten JVA zieht die SPD eine negative Bilanz**

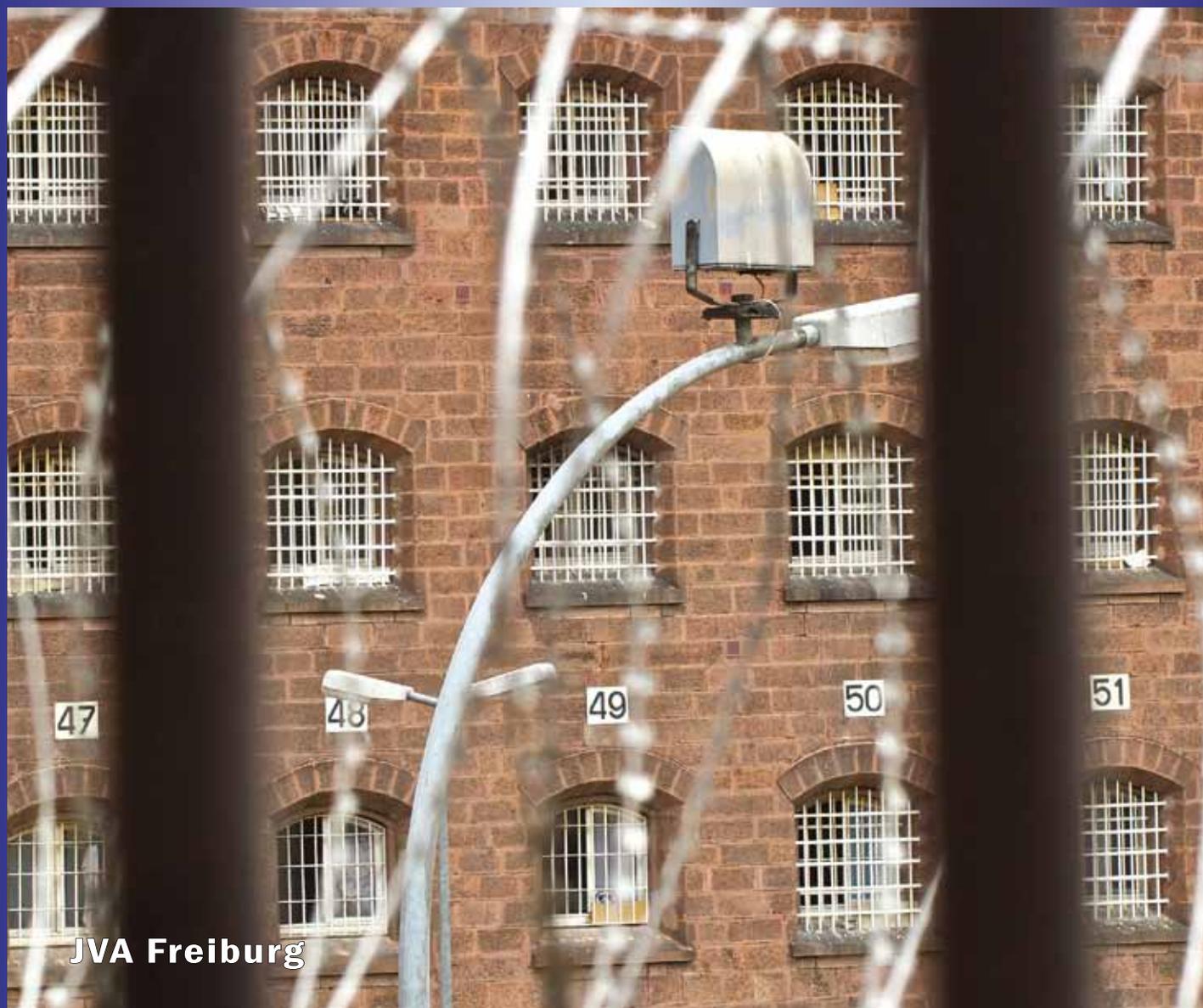
Offenburg markiert Wandel von Resozialisierung zur schlichten Verwahrung

Seite 20

**Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen sorgt für bundesweites Aufsehen**

Heckhoff und Michalski nach spektakulärer Flucht vor Gericht

Seite 44



**JVA Freiburg**

**Lesen Sie im Facheil dieser Ausgabe: Kriminalität von Aussiedlern**

Landgericht Aachen gleicht einer Festung

## Heckhoff und Michalski wird der Prozess gemacht

In Aachen hat der Prozess gegen Peter Paul Michalski, Michael Heckhoff und einen Mitarbeiter des Justizvollzugsdienstes begonnen. Die beiden Schwerverbrecher waren am 26. November 2009 mit Hilfe des Beamten aus dem Aachener Hochsicherheitsgefängnis ausgebrochen. Während der Verhandlungstage gleicht das Aachener Landgericht einer Festung. Ein Großaufgebot schwer bewaffneter Polizisten sorgt dafür, dass der Prozess gegen die beiden Schwerverbrecher Peter Paul Michalski (46) und Michael Heckhoff (51) sowie den mitangeklagten Beamten des Justizvollzugsdienstes störungsfrei abläuft. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft hatte der 40-jährige Mitangeklagte schon Wochen vorher eine Schreckschusspistole für Heckhoff als Gegenleistung dafür besorgt, dass der ihm illegale Geschäfte mit anderen Gefangenen vermittelte (sic). Den angeklagten Schwerverbrechern wird Menschenraub, Erpressung und Geiselnahme vorgeworfen. Der Vollzugsbedienstete ist wegen Gefangenenbefreiung, Bestechlichkeit und Beihilfe zum Raub angeklagt.

Nach dem bisherigen Kenntnisstand soll der Bedienstete die Häftlinge Michalski und Heckhoff bis an die Schleuse der Haftanstalt gebracht haben. Dort überwältigten die beiden Gangster einen Beamten und nahmen ihm Geld ab. Anschließend soll der beamtete Fluchthelfer den Gefangenen zwei Dienstwaffen übergeben und ihnen das äußere Tor der Schleuse geöffnet haben. Bereits vor der Flucht sollen die drei Angeklagten vereinbart haben, die Beute aus späteren Banküberfällen untereinander aufzuteilen. Heckhoff und Michalski haben den Tathergang inzwischen im Wesentlichen eingeräumt.

### Odyssee durchs Ruhrgebiet

Die Irrfahrt der Verbrecher hatte Ende letzten Jahres Tausende Polizisten tagelang in Atem gehalten. Nach Zwischenstationen in Kerpen und Köln, wo sie unter einer Brücke übernachteten, zwangen Heckhoff und Michalski eine 19-jährige Kölnerin, sie mit dem Auto ins Ruhrgebiet zu fahren. Am Morgen des 28. Novembers drangen die beiden in die Wohnung eines Ehepaares in Mülheim ein, hielten sich dort mehrere Stunden auf, aßen und tranken, tauschten die Kleidung und duschten sich. Am Abend zwangen sie das geschockte Ehepaar, sie mit ihrem Pkw in die Innenstadt zu fah-

**Schwerverbrecher Michael Heckhoff versuchte, seine Aussage vor dem Landgericht Aachen zu einem Ereignis werden zu lassen.**



ren. Dort übernachteten sie in einem Hochhaus, während unten Polizeihundertschaften patrouillierten.

Ein Spezialeinsatzkommando der Polizei nahm Heckhoff am nächsten Vormittag in dem Haus fest. Michalski konnte zunächst entkommen und wurde erst am 1. Dezember auf einer Straße nahe Schermbeck gefasst. Noch während die beiden Männer auf der Flucht waren, wurde in Aachen der jetzt angeklagte Bedienstete der JVA festgenommen.

### Michalski entschuldigt sich

Nach der Verlesung der Anklage und der Ablehnung mehrerer Anträge der Verteidigung räumte der 46-jährige Michalski zum Prozessbeginn die Taten „im Kern“ ein.

In einer schriftlichen Erklärung, die von seinen Verteidigern verlesen wurde, entschuldigte er sich dafür, dass er verschiedenen Menschen in den Tagen der Flucht „Angst bereitet“ habe. Er habe nach seinem Ausbruch nie Gewalt anwenden wollen.

Heckhoff, der als Beruf „Berufsverbrecher“ angab, schwieg sich dagegen zunächst aus. Er wolle dem mitangeklagten JVA-Beamten die Gelegenheit geben, vor Gericht Angaben zu machen. Schließlich habe dieser „am meisten zu verlieren“, erklärte der Gefangene.

Michalski äußerte massive Kritik an den Zuständen in den NRW-Gefängnissen. Man habe ihn 16 Jahre lang nur verwahrt, in Isolationshaft weggesperrt und ihm keinerlei Perspektive geboten. Erst Monate vor dem Ausbruch seien



**Gangster Peter Paul Michalski räumte die begangenen Straftaten unumwunden ein und entschuldigte sich bei seinen Opfern.**

die Sicherheitsvorkehrungen erstmals gelockert worden. Dann habe er erfahren, dass er Anfang 2010 erneut in eine andere Vollzugseinrichtung habe verlegt werden sollen. Weil er dort strengere Sicherheitsmaßnahmen befürchtete, fasste er den Entschluss, entweder Selbstmord zu begehen oder aus dem Gefängnis zu fliehen. Seit diesem Zeitpunkt habe er zusammen mit Heckhoff intensiv daran gearbeitet, die Flucht aus der JVA Aachen zu planen.

### Bediensteter räumt Übergabe von Waffen ein

Im Rahmen des Prozesses um den Gefängnisausbruch der beiden Schwerverbrecher hat der mitangeklagte Vollzugsbeamte und mutmaßliche Fluchthelfer nunmehr ein Geständnis abgelegt.

Die Anwälte des 40-Jahre alten Mannes verlasen vor dem Landgericht Aachen eine kurze Erklärung. In diesem Pamphlet räumte der Beamte ein, den beiden Hauptangeklagten mehrfach geholfen, ihnen Türen geöffnet und eine Waffe überlassen zu haben. Nähere Angaben machte der Mitangeklagte allerdings nicht.

Im Vorfeld hatte ein Beamter der Polizei den mutmaßlichen Fluchthelfer schwer belastet. Der Leiter der zuständigen Ermittlungskommission hatte im Vorfeld gesagt, auf den Videobändern der Justizvollzugsanstalt Aachen sei sehr eindeutig ein „Zusammenwirken zwischen den Gefangenen und dem JVA-Bediensteten“ zu sehen.

Außerdem habe die Auswertung von



Die Justizvollzugsanstalt Aachen war im November 2009 Schauplatz einer spektakulären Flucht der Schwerverbrecher Heckhoff und Michalski.

entsprechenden Handy-Verbindungsdaten ergeben, dass der angeklagte Beamte in den Tagen vor der Flucht sehr regen Kontakt zu den beiden Angeklagten gehabt habe. Er habe mit den beiden Männern sowohl telefoniert als auch SMS-Nachrichten ausgetauscht.

### Heckhoff nutzt Hauptverhandlung als Showbühne

Heckhoff hat in der Hauptverhandlung Auskunft über seine Karriere als Berufsverbrecher gegeben. Seine Ausführungen schmückte er mit zahlreichen Anekdoten, so dass sich selbst die Anwälte das Schmunzeln oft nicht verkneifen konnten.

Als Jugendlicher läuft er erstmals aus dem Ruder: „Ich war ein absoluter Zombi“, erklärte Heckhoff seinen Richtern. Mit 16 Jahren machte er zum ersten Mal Bekanntschaft mit dem Strafvollzug. Diese Erfahrung bezeichnete Heckhoff als „Lehrzeit“ für seine „Karriere“ als Berufsgangster. „Meinen ersten Banküberfall habe ich komplett nach der Beschreibung eines alten Gefangenen gemacht.“

Erste Geiselnahme, Selbstmordversuch, erneute Geiselnahme machten ihn zu einer Größe im Strafvollzug. Die Konsequenz: JVA Werl, Hochsicherheitstrakt. Für ihn sei dies eine Art Auszeichnung gewesen. „Ich war damals der festen Überzeugung, dass eine Laufbahn als Schwerverbrecher erstrebenswert ist.“ Einmal schien es, als würde er die Wei-



Polizeiliche Großsinsätze waren erforderlich, um Heckhoff und Michalski wieder hinter Schloß und Riegel zu bringen.

chen anders stellen und der Kriminalität entkommen können. Dies war nach der Entlassung aus der JVA Werl. „Ich bin nach zehneinhalb Jahren entlassen worden und wie Hänschen-Klein in die Welt gewandert“, erinnert sich Heckhoff an seine damals naive Vorstellung vom Leben.

Der Begriff „Resozialisierung“ war ihm geläufig, er konnte sich aber nur wenig darunter vorstellen, welche Techniken benötigt werden, um das Alltagsleben zu meistern. Dies zeigte sich bereits beim Gang zum Arbeitsamt. Als er nach seiner Steuerkarte gefragt wird, er ist ratlos. Er

weiß nicht, wie man ein Konto eröffnet. „Ich habe draußen erhebliche Probleme gehabt, um mit alltäglichen Dingen klarzukommen.“ Nur im Knast ist Heckhoff lebensstauig. Er findet „seine Perle“, seine Freundin. Der Bruder hilft ihm eine Arbeitsstelle zu finden.

Er musste Kunststoffe auf eine Rolle wickeln. „Arbeiten draußen und Arbeiten im Knast, das sind zwei unterschiedliche Welten“, behauptet Heckhoff. Nach zwei Wochen schmeißt er hin, zu anstrengend. Zum „Warm werden“ überfällt „Blacky“, wie er damals genannt wird, eine Tankstelle, später zwei Banken und eine Poststelle. Die Beute beträgt eine knappe Million D-Mark.

Jetzt hatte sich erfüllt, was ihn im Knast von einem lustvollen Leben an der Copa Cabana träumen ließ. Schnell war ihm jedoch klar, dass die Realität Anforderungen stellte, denen er nicht gewachsen war. Wie sollte er ein Flug-Ticket kaufen? „Es war eine Menge Kohle da. Ich hatte aber keinen Plan, was ich mit der Kohle anfangen sollte“, räumte Heckhoff ein.

1991 will die Polizei ihn festnehmen. Er reagiert wieder mit Geiselnahme und Flucht. Nach einiger Zeit stellt er sich den Strafverfolgungsbehörden, weil seine „Verlobte“ ihn darum bittet.

Nach einem „katastrophalen“ psychiatrischen Gutachten fällt er in ein tiefes Loch. „Da ist mir zum ersten Mal klargeworden, dass ich vor dem Trümmerhaufen eines verpöfchten Lebens stehe. Mir hat sich damals erstmals die Erkenntnis erschlossen, dass ich nichts mehr zu verlieren habe“. Folglich macht er weiter wie bisher: 1992 bei einer Geiselnahme mit einem Knast-Kumpel werden in der JVA Werl eine 21-jährige Arzthelferin mit Benzin übergossen und angezündet, ein Strafvollzugsbediensteter lebensgefährlich verletzt.

### Angeklagte wollen Vollzug für begangene Taten in Haftung nehmen

Mit einer versuchten Geiselnahme zwei Jahre später macht Heckhoff letztmalig Schlagzeilen. Danach beginnt die scheinbare Läuterung des Schwerverbrechers. Anlass zum Nachdenken bietet der Tod von Mutter und Schwester. Es gibt Ausführungen, man „arbeitet“ mit ihm an einer Zukunftsperspektive. Eine Zäsur tritt ein, als Heckhoff 2008 mit strengeren Haftbedingungen in die JVA Aachen verlegt wird. „Wenn ich nicht nach Aachen gekommen wäre, säße ich heute nicht hier“, macht Heckhoff den Strafvollzug für seine neuerliche Straffälligkeit mitverantwortlich. In den ersten der geplanten 17 Verhandlungstage ist die Strategie der Angeklagten einigermä-

ßen deutlich geworden. Sie unternehmen einvernehmlich den Versuch, die vollzuglichen Bedingungen in der JVA Aachen für das Geschehen mitverantwortlich zu machen. Die beiden Verbrecher Michalski und Heckhoff beklagen, dass ihnen keine realistische Perspektive für ein Leben außerhalb des Strafvollzuges eröffnet worden sei. Ganz zufällig übersehen sie dabei, dass sie sich in massivster Weise gegen die Rechtsordnung vergangen haben. Ihre kriminelle Karriere hat viele unschuldige Menschen zu Opfern gemacht. Wer sich über Jahrzehnte als „tickende Zeitbombe“ instrumentalisiert, der muss sich nicht wundern, wenn die Gesellschaft vor diesen unkalkulierbaren Risiken geschützt sein will.

Überraschend war allerdings, dass auch der Bedienstete, der die spektakuläre Flucht erst möglich gemacht hat, die Ursachen für sein Verhalten in den freudlosen und damit belastenden Arbeitsbedingungen sieht. Auch in diesem Fall scheint Verdrängung das bestimmende Charakteristikum für diese Haltung zu sein. Er übersieht geflissentlich, dass er bereits mehrfach Gegenstand interner Ermittlungen war, weil er es mit der zwingend notwendigen professionellen Distanz nicht so genau nahm. Die Zusammenarbeit mit Heckhoff und Michalski gründet sich aber in erster Linie auf profanes Gewinnstreben. Die beiden Verbrecher hatten den Bediensteten mit dem Versprechen geködert, ihn künftig an der Beute aus Straftaten angemessen zu beteiligen.

Für den **BSBD** machte Landesvorsitzender **Klaus Jäkel** daher auch unmissverständlich klar, dass das Verhalten des Bediensteten nur nachdrücklich missbilligt werden könne und strafrechtlich geahndet werden müsse. „Wir gehen davon aus, dass das Gericht auf eine Freiheitsstrafe erkennen wird, die unmittelbar zur Beendigung des Beamtenverhältnisses führt. Dieser Akt der Selbstreinigung ist auch dringend geboten, damit das beschädigte Vertrauen der Gesellschaft in die unbestechliche Aufgabenwahrnehmung des Strafvollzuges wiederhergestellt werden kann“, machte **Jäkel** die Haltung des **BSBD** deutlich.



BSBD-Chef Jäkel: Strafvollzugsbedienstete müssen professionelle Distanz zu Gefangenen halten.

Bundesregierung in der Sackgasse:

# Sparpaket mit sozialer Schieflage

**D**ie Weltwirtschafts- und Bankenkrise war noch nicht geschultert, da sorgte das überschuldete Griechenland, das bereits den Staatsbankrott heraufziehen sah, für einen so noch nicht dagewesenen Wertverfall des Euro. Die Regierungen der Euro-Zone sahen sich gezwungen, einen finanziellen Schutzschirm aufzuspannen, der bislang ohne Beispiel ist. Die Politik wird zwar nicht müde zu beteuern, dass es sich nicht um eine unmittelbare finanzielle Unterstützung, sondern quasi um eine Ausfallbürgschaft handelt, doch steht für den unvoreingenommenen Beobachter fest, dass die exorbitanten Verluste der Banken und die Schulden der beinahe bankrotten Länder der Euro-Zone durch diese Politik vergesellschaftet worden sind. Die EU-Regierungen behaupteten, ihre Politik sei faktisch ohne Alternative. Eines hat sich den Bürgerinnen und Bürgern allerdings längst erschlossen: Im Falle der Banken sind die Unternehmer Risiken verstaatlicht und die Gewinne privatisiert worden. Der „gemeine Steuerzahler“ hat es seit Wochen kommen sehen, jetzt liegen die Zahlen auf dem Tisch. Die Bundesregierung will in den nächsten sechs Jahren über 80 Mrd. Euro einsparen und den anderen Ländern der Euro-Zone damit ein positives Beispiel für einen nachhaltigen Sparwillen geben.



In einer langen Klausursitzung hat das Bundeskabinett im Bundeskanzleramt ein Sparkonzept entwickelt, das auf Kritik von allen gesellschaftlichen Gruppen gestoßen ist.

Die Krux mit dem Sparen in einer Koalitionsregierung ist es, dass die Beteiligten zum Kompromiss verdammt sind. Und so ist das Ergebnis auch, das Bundeskanzlerin **Angela Merkel (CDU)** und Außenminister **Guido Westerwelle (FDP)** am 07. Juni 2010 der Öffentlichkeit vorstellten. Zwar haben sich nicht alle Befürchtungen der Öffentlichkeit bestätigt, doch bietet das Sparpaket viele Ansatzpunkte für Kritik. Wer dem Bürger Zumutungen abverlangt, der tut gut daran, ein konkretes Sparziel vorzugeben und mit gutem Beispiel voranzugehen. Diese Chancen hat die Bundesregierung leider ungenutzt verstreichen lassen. Wahrscheinlich hat sich der kleinere Koalitionspartner mit seinen dogmatischen Forderungen zugunsten der Besserverdienenden in dieser Hinsicht durchgesetzt.

Dass das Sparpaket nicht auf Jubel und

ungeteilte Unterstützung stoßen würde, war von vornherein klar. Aber deshalb seitens der Regierung gleich den Versuch zu unterlassen, die Bürger für das Sparen für ein übergeordnetes Ziel zu motivieren und auch die „starken Schultern“ angemessen am Sparpaket zu beteiligen, könnte sich noch als schwerer Fehler erweisen. Selbst wenn die Sparvorschläge im Zuge der parlamentarischen Beratungen noch nachgebessert und abgeändert

werden sollten, hat sich die Regierung der Chance begeben, ein Sparpaket aus einem Guss vorzulegen.

Die Verschuldung des Bundes könnte im Vergleich mit der der europäischen Nachbarländer durchaus noch als moderat bezeichnet werden. Sie erweist sich jedoch als schwere Belastung für die nachwachsenden Generationen, deren Zukunft jetzt verfrühstückt zu werden droht. Zudem stehen die entwickelten Volkswirtschaften vor dem Problem, die Schuldenlast nicht mehr dauerhaft schultern zu können, so dass in der Zukunft eine schleichende Geldentwertung zu befürchten ist. Es ist deshalb hohe Zeit, endlich mit dem Sparen ernst zu machen. Die Bundesregierung selbst spricht von einem Kraftakt, der erforderlich gewesen sei, um das nachstehende Sparpaket im Kabinett zu beschließen.

## Der Staat zieht die Daumenschrauben an

**Hartz-IV-Empfänger** sollen künftig kein Elterngeld mehr erhalten, weil der Grundbedarf bereits durch die Regelsätze staatlicher Hilfen abgedeckt wird. Gleichzeitig sollen die bislang aus Steuergeldern bezahlten Rentenversicherungsbeiträge



Das Klima in der Koalition war schon mal besser. Die allseitige Kritik am Sparpaket hat auch nicht gerade zur Verbesserung der Stimmung beigetragen.

für Langzeitarbeitslose entfallen. Zudem will die Koalition Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umwandeln, was konkret bei den Eingliederungshilfen für Arbeitssuchende greifen soll.

Bei den **Sozialleistungen** sollen die beim Übergang von Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II für zwei Jahre gewährten Zuschläge ersatzlos gestrichen werden. Es handelt sich dabei um 160 Euro monatlich im ersten und um 80 Euro im zweiten Jahr für Alleinstehende. Für Verheiratete verdoppeln sich diese Beträge.

Die **Arbeitslosenversicherung** soll ab 2011 ohne Darlehen und Zuschüsse aus-

Abschaffung der Wehrpflicht. Zu einer Entscheidung konnten sich die Koalitionäre jedoch nicht durchringen.

Die Zahl der **Bundesbeschäftigten** soll bis 2014 um mindestens 10.000 Stellen reduziert werden. Die Bundesbeamten sollen auf 2,5 Prozent Gehalt verzichten, zudem soll die für 2011 geplante Rückführung des Weihnachtsgeldes auf das ursprüngliche Niveau ausgesetzt werden.

Auch dem **Subventionsabbau** will sich die CDU/FDP-Koalition zuwenden. Konkret stehen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in einem Umfang von rd. 24 Milliarden Euro auf dem Prüfstand. Speziell sollen die Sondergewinne

sten würde, auszusetzen. Kaum war das Sparpaket veröffentlicht, da hagelte es auch schon Proteste. Selbstverständlich hatte die Bundesregierung mit Kritik gerechnet, war dann aber wohl doch überrascht, über die Intensität und Konsequenz der Ablehnung des Ergebnisses der Klausursitzung des Kabinetts. Dabei hatte man sich Mühe gegeben, den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit und Alternativlosigkeit des Sparpaketes zu erläutern.

Noch bevor die Einzelheiten des Sparpaketes bekannt waren, kündigten SPD und Gewerkschaften massiven Widerstand an. Auch die Reaktion der veröffentlichten Meinung war verheerend. Kaum ein Kommentator ließ ein gutes Haar an dem Konzept.

Die „**Frankfurter Allgemeine**“ meinte: Die „Sparbeschlüsse sind nichts anderes als die Richtlinien des künftigen Regierungshandelns, der ursprüngliche Koalitionsvertrag ist seit heute Makulatur. Die Arbeit beginnt aber auch deshalb erst richtig, weil aus den Eckpunkten noch konkrete Entscheidungen abgeleitet werden müssen. Das wird, sobald es in die Details der Haushaltsplanungen geht, noch ein Hauen und Stechen werden.“

Die „**Sächsische Zeitung**“ kritisiert: „Das schwarz-gelbe Bundeskabinett verkauft das Ergebnis seiner vielstündigen Haushaltsklausur als einmaligen Kraftakt. Die dramatische Wortwahl steht im offensichtlichen Gegensatz zu dem tatsächlichen Sparergebnis. Denn wirklich gespart, genauer weniger ausgegeben als ursprünglich geplant, wird nur bei Arbeitslosen und Beamten. Kanzlerin **Angela Merkel** und ihr Vize **Guido Westerwelle** sprechen trotzdem von sozialer ausgewogenheit. Das ist ein Witz.“

Die „**tageszeitung**“ meinte: „**Angela Merkel** wollte bei der Vorstellung des Sparpaketes der Regierung einen Eindruck vermeiden, der als Sankt-Florians-Prinzip bekannt ist: ‚Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an‘, so die Bitte an den Schutzpatron gegen Feuer und Dürre. Solches Suchen ihrer Zuhörer nach einer Schiefelage suchte die Kanzlerin zu zerstreuen. Alle müssten ran, lautete ihre Botschaft, Wirtschaft ebenso wie Bürgerinnen und Bürger, keiner werde beim Sparen ausgenommen. Das ist ein durchsichtiger Versuch, die Steuerzahler in ihrem Gerechtigkeitsempfinden zu beruhigen - und gleichzeitig ihre Leidensbereitschaft zu erhöhen. (...) Der Sozialetat schrumpft mit Abstand am stärksten, die Kürzungen bei Arbeitslosen und Wohngeldempfängern sind brutal und werden sich massiv auf das Leben vieler armer Menschen auswirken.“



**Beim Sparpaket der Bundesregierung geht es jetzt um Nachbesserungen, damit die finanziellen Lasten der dringend notwendigen Sparbemühungen nicht allein von den Arbeitslosen, Geringverdienern und Beamten bezahlt werden müssen.**

kommen. Dies könnte zur Folge haben, dass der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung mittelfristig erhöht werden muss.

Die Bemessungsgrundlage für das **Elterngeld** soll von 2700 Euro auf 1800 Euro sinken. Nach Auffassung der Bundesregierung soll durch diese Sparmaßnahme die Unterstützung von Erwerbstätigen im unteren und mittleren Einkommensbereich abgesichert werden, weil das Elterngeld für Besserverdienende reduziert wird.

Der **Heizkostenzuschuss** für Wohngeldempfänger soll ersatzlos entfallen.

Bei der **Bundeswehr** soll ebenfalls der Rotstift angesetzt werden. Vorgesehen ist die Reduzierung der Truppenstärke um 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten. Diskutiert wurde auch das Aussetzen oder die

der Energiekonzerne aus der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke teilweise mit einer Brennelementesteuer abgeschöpft werden. Die Bundesregierung rechnet mit jährlichen Einnahmen von 2,3 Milliarden Euro.

### Die Reaktionen der Öffentlichkeit

Die Bundesregierung will eine **Finanzmarkttransaktionssteuer** auf europäischer Ebene einführen. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, soll an einen nationalen Alleingang in dieser Frage gedacht werden. Zu guter Letzt hat die Bundesregierung beschlossen, den Neubau des Berliner Stadtschlusses, das dem Bund rd. 440 Millionen Euro ko-

(...) Dieses Sparprogramm ist nicht ausgewogen, sondern es verschärft Ungleichheiten. Daher ist es richtig, dass Opposition und Gewerkschaften der Regierung mit Protest drohen.“

Die „Welt“ mahnte: „Man könnte glauben, Historisches sei geschehen bei der Klausur der schwarz-gelben Koalition. ‚Ernste Stunden‘ hätten die Spitzenpolitiker von Union und FDP miteinander verbracht, sagte Kanzlerin **Angela Merkel** gestern im Anschluss an die Verhandlungen. ‚Harte Arbeit‘ liege hinter ihr, ein ‚einmaliger Kraftakt‘ gar. (...) Die Wortwahl der Regierungschefin sagt mehr über den Zustand der Koalition aus als über den Inhalt des Sparpakets. Erstens ist das Paket nicht wirklich groß. (...) Zweitens, und viel wichtiger: Die Beschlüsse erreichen eben nicht das alles entscheidende Ziel – nämlich die Staatsfinanzen dauerhaft auf eine solidere Grundlage zu stellen. (...) Dass sich die Koalition selbst Eile auferlegt hat, war offenbar ein Fehler. Schwarz-Gelb sollte den Sommer nutzen, um über einen ‚einmaligen Kraftakt‘ nachzudenken, der diese Bezeichnung wirklich verdient.“

Die „Financial Times Deutschland“ kommentierte: „Für gewöhnlich sind Angela Merkel große Worte eher fremd. (...) Doch am Montag machte sie eine Ausnahme: „Historisch“ sei das Sparpaket, „eine Mammutaufgabe“. Allerdings liegt sie damit daneben. Das Sparpaket, das sich die Bundesregierung abgerungen hat, ist sogar etwas kleiner als zuvor angekündigt. (...) Das ist eher ein Elefantebaby, mit dem die Vorgaben der Schuldenbremse gerade so erreicht werden. Und das ist gut so. Denn dieses Paket hat den enormen Vorteil, dass es das gerade wieder anspringende Wachstum voraussichtlich nicht abwürgen wird. (...) Eine wahrlich riesige Aufgabe hat die Bundesregierung erst noch vor sich: all diese Maßnahmen umzusetzen.“

„Der Standard“ (Österreich): „Insgesamt dürfte der Musterschüler Deutschland damit die fiskalen Exzesse der jüngsten Krisenbewältigung schneller als andere EU-Staaten überwinden. Und genau das ist das Problem. Denn der strikte Sparkurs der schwarz-gelben Koalition wird auch dazu führen, dass die deutschen Bürger in den kommenden Jahren den Gürtel enger schnallen werden. Da die Industrie aber gleichzeitig mit aller Kraft ihr Exportvolumen halten will, werden sich die jährlichen Leistungsbilanzüberschüsse der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt weiter vergrößern. Und diese sind Gift für die Eurozone und die Weltwirtschaft. (...) Die deutsche Neigung zum Fleiß und zum Selbstverzicht schafft genau jene globa-

len Ungleichgewichte, die zuerst das internationale Finanzsystem und dann die europäische Gemeinschaftswährung ins Wanken gebracht haben.“

Die „Fuldaer Zeitung“ meldet Bedenken grundsätzlicher Art an: „Die meisten Bürger sehen ein, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss – wenn es irgendwie alle trifft. Blicke aber der schale Beigeschmack, dass die Lasten einseitig auf die Schwachen abgewälzt werden, wird die Politikverdrossenheit weiter zunehmen.“

Gleichzeitig müssen **Merkel & Co.** Darauf achten, dass politische Leitlinien erkennbar bleiben. Wenn beispielsweise nun das Elterngeld gekürzt wird, dann stellt das einen der wenigen Eckpfeiler der CDU-Politik der vergangenen Jahre in Frage. Das unterstreicht vielleicht die Dramatik der Haushaltslage; für die Glaubwürdigkeit indes ist es Gift.“

### Die Kritik der Opposition

Das Sparpaket der Bundesregierung sei ein „schwarz-gelbes Dokument des Versagens, kritisierte SPD-Chef **Sigmar Gabriel**, dass vorrangig bei den sozial



Für SPD-Chef **Sigmar Gabriel** kommt das Sparpaket wie gerufen. Er kann so das soziale Profil der Sozialdemokraten schärfen und den politischen Gegner in die Enge manövrieren.

Schwachen und nicht bei den starken Schultern der Rotstift angesetzt werde. Fünf Milliarden Euro bei den Sozialleistungen zu streichen und bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu sparen, während Wirtschaft und Finanzsektor weitgehend ungeschoren blieben, das sorgt nach SPD-Meinung für sozialen Sprengstoff. Besonders scharf fiel die Kritik an der Einführung einer Brennelementesteuer aus. Hier werde ein moderner Ablasshandel

auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung betrieben. „Weniger Sicherheit wird hier gegen Geld für den Bundeshaushalt getauscht.“ Das Sparpaket, so **Gabriel**, sei eine erschütternde Bilanz der achtmonatigen Regierungszeit der schwarz-gelben Koalition.



**Cem Özdemir**, Bundestag-Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, kritisierte die Sparpläne der Bundesregierung als unsozial und ökologisch unsinnig.

**Cem Özdemir**, Bundestag-Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, sieht die Bundesregierung auf dem Weg, den Anspruch zur Gestaltung des Landes aufzugeben. Soziale und ökologische Konsequenzen blinder Sparwut seien nicht ausreichend bedacht worden. Das Sparpaket der Regierung schade mehr als es nutze. Das Staatsdefizit verlange nach einer umfassenden Antwort aus intelligenten Einsparungen, Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und sozial verträglichen Mehreinnahmen, um die erdrückende Zinslast von 50 Milliarden Euro jährlich zurückzuführen. Besonders kritisierte **Özdemir**, dass es die Kanzlerin vermieden habe, dem Land zu vermitteln, wie wir die Krise überwinden und gestärkt aus ihr hervorgehen können.

**Die Linke** fasste ihre Bedenken in der Überschrift zusammen: „Milliarden für die Zocker – die Zeche für das Volk“. Die Staatsschulden seien seit 2008 um 180 Milliarden Euro angestiegen. Hier von hätten 100 Milliarden für die Rettung der Banken aufgewendet werden müssen. Jetzt seien die Banken saniert und zockten weiter, als sei nichts geschehen. Weil die Bundesregierung in Untätigkeit verharre, blieben Reiche und Vermögende vom Sparpaket unbehelligt, während bei Kindern, Familien und Er-



**Gesine Lötsch (re.) und Klaus Ernst halten die Sparbemühungen der schwarz-gelben Koalition für Teufelswerk.**

werbslosen zugegriffen werde. **Die Linke** fordere hingegen eine Millionärssteuer. Vermögen von mehr als einer Million Euro sollen danach mit fünf Prozent besteuert werden. Bei gleichzeitiger Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes könnten nach Ansicht der Links-Partei insgesamt 160 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen erzielt werden.

### **DBB-Chef Heesen rügt die erneute Sparwut beim öffentlichen Dienst**

Als völlig verfehlt hat der Beamtenbundvorsitzende **Peter Heesen** die Sparpläne der Bundesregierung beanstandet. Ein Stellenabbau von 10.000 Stellen in nur vier Jahren sei kein nachhaltiges Konsolidierungskonzept, sondern ledig-



**DBB-Chef Peter Heesen hat die Bundesregierung eindringlich gewarnt, den Bogen bei ihren unkontrollierten Zugriffen auf den Besitzstand des öffentlichen Dienstes nicht zu überspannen.**

lich ein Alibi-Sparbeitrag, der die Leistungsfähigkeit des Personals des Bundes nachhaltig verschlechtere.

Schon jetzt sei das Personal deutlich überaltert. Dieser Trend werde sich noch verstärken, der öffentliche Dienst werde weiter an Attraktivität einbüßen und den Konkurrenzkampf um die besten Nachwuchskräfte kaum erfolgreich bestehen können.

Jetzt erneut auf die Bediensteten zuzugreifen, die in den zurückliegenden Jahren ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts bereits in exorbitanter Höhe erbracht hätten, zerstöre den letzten Rest an Vertrauen in die Regierung. Ein geradezu exemplarisches Beispiel für die Unzuverlässigkeit der Politik sei das weitere Einfrieren des „Weihnachtsgeldes“. Im Jahre 2005 sei mit der Bundeskanzlerin und dem damaligen Innenminister vereinbart worden, dass das Weihnachtsgeld für fünf Jahre halbiert werde. Diese Zeit sei jetzt abgelaufen.

Die Politik wolle ihre Zusage jetzt aber nicht mehr aufrecht erhalten. „Dies ist ein glatter Wortbruch, der das Verhältnis zur Bundesregierung auf lange Zeit vergiften wird“, prophezeite der DBB-Chef.

### **Was ein Befreiungsschlag werden sollte, kann auch im Desaster enden!**

Nicht nur politische Gegner, Gewerkschaften und Kirchen kritisieren das Sparpaket der Bundesregierung. Tiefgreifende Bedenken werden auch aus Kreisen der Unions-Parteien vorgetragen. Sowohl die Arbeitnehmer- als auch die Arbeitgebervereinigung der **CDU** haben eine deutliche soziale Schiefelage bei den Sparanstrengungen ausgemacht.

Dies macht sich vor allem an der Unausgewogenheit der Belastungen für die einzelnen Gesellschaftsschichten fest. Überraschend war es schon, dass selbst von den begünstigten Unternehmern der

Union herbe Einwände gegen das Sparprogramm zu vernehmen waren.

Soweit das vermögende Drittel der Gesellschaft vom Sparpaket überhaupt nicht betroffen ist, hat sich die **FDP** als der kleine Koalitionspartner in den Verhandlungen durchsetzen können. Damit hat das neoliberale Gedankengut in diesem Punkte die Oberhand behalten.

Vielleicht hatten die Koalitionsparteien gehofft, die Kritik aushalten und überstehen zu können, doch bereits in der ersten Woche zeigt sich, dass der gesellschaftliche Widerstand beängstigend zugenommen hat. Der Ton im Bundeskabinett wird immer rauer. Ein harmonisches Miteinander, so es denn jemals bestanden hat, sieht anders aus. Beim Schnüren des Sparpaketes zur Konsolidierung des Bundeshaushalts hat die **FDP** einen Pyrrhussieg errungen. Schlauer und sicher auch für die Wählerakzeptanz förderlicher wäre es gewesen, ein Paket zu schnüren, was alle Gesellschaftsgruppen gleichmäßig belastet hätte.

Ein solches Konzept hätte sogar die Chance auf die Zustimmung der Mehrheit der Gesellschaft gehabt. Geschickt wäre es zudem gewesen, wenn die handelnden Politiker zunächst einen eigenen Sparbeitrag durch Reduzierung ihrer Diäten erbracht hätten.

### **Ohne Not in eine schwierige politische Lage manövriert**

Die Rücknahme der Steuergeschenke an Hoteliers wäre ebenfalls eine vertrauensbildende Maßnahme gewesen. Hätte man dann noch die Einnahmenseite durch Anhebung des Höchststeuersatzes und Einführung einer Vermögenssteuer in den Blick genommen und zudem noch mit der Reduzierung der Subventionen ernst gemacht, dann hätte das Sparpaket eine gute Chance gehabt, als solidarisches Konzept der Haushaltskonsolidierung durchzugehen.

Jetzt hat man sich ohne Not in eine schwierige politische Lage manövriert, die mit vielen Unwägbarkeiten und Risiken gepflastert ist. Die nächsten Monate werden zeigen müssen, ob die Koalition von **CDU/CSU** und **FDP** die politische Gestaltungskraft aufbringen kann, sich den zu erwartenden Protesten überzeugend entgegen zu stellen.

Oder ob man in Kenntnis der schwindenden Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger die Energie finden wird, die eigenen Festlegungen nachzubessern und zu verändern, damit alle Gesellschaftsgruppen einen angemessenen und keinen überproportionalen Sparbeitrag zu leisten haben.



## Nachruf

# Henning Köster, Leiter der JVA Bochum, verstorben

Nach kurzer, schwerer Krankheit ist am 07. Juni 2010 der langjährige Leiter der Justizvollzugsanstalt Bochum, Ltd. Regierungsdirektor Henning Köster, im Alter von 62 Jahren verstorben. Bestürzt, erschüttert und voller Trauer nehmen die Strafvollzugsbediensteten Abschied von einer kompetenten Führungskraft des Vollzuges, die bei allen Sachzwängen nie den Menschen übersah. Der Strafvollzug verliert mit Henning Köster einen ausgewiesenen Vollzugsexperten, dessen Wort Gewicht hatte, einen hilfreichen Ratgeber, eine auf Ausgleich bedachte Führungspersönlichkeit, einen allseits hochgeschätzten Kollegen.

Ltd. Regierungsdirektor Henning Köster war über zwanzig Jahr lang profiliertes Leiter der Bochumer Vollzugseinrichtung. Er hat diese Behörde geprägt, für die Öffentlichkeit geöffnet und das Geschehen im Strafvollzug für die Allgemeinheit transparent und erfahrbar gemacht. Im Laufe seines Wirkens entwickelte sich die Bochumer Vollzugsanstalt zu einer auch in der öffentlichen Wahrnehmung akzeptierten Einrichtung eines auf Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben ausgerichteten Strafvollzuges. Für die Landesarbeitsgemeinschaft des höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes war Henning Köster von 2001 bis 2007 als Vorsitzender tätig. In dieser Funktion hat er sich streitbar zu Wort gemeldet, um gewünschte Entwicklungen anzustoßen und Fehlentwicklungen im Vollzug kraftvoll entgegen zu treten.

Mit besonderem Engagement widmete sich Henning Köster der Behandlung von Sexualstraftätern. Er war zutiefst

davon überzeugt, dass künftige Opfer nur durch wirkungsvolle Therapieangebote zu vermeiden sind. Als Mitglied des Bochumer Ambulanzentrums e.V. hat er sich dieser als Verpflichtung empfundenen Aufgabe gestellt und segensreich gewirkt.

Seine Vorstellungskraft, seine Ideen und Gedanken haben auf den Strafvollzug und das Bewusstsein der Strafvollzugsbediensteten nachhaltigen Einfluss ausgeübt. Seinem Beruf als Bediensteter des Strafvollzuges fühlte sich Henning Köster in besonderer Weise verpflichtet. Menschen eine neue Lebensperspektive zu eröffnen, war ihm ein erkennbar persönliches Anliegen. Er empfand die Sorge um die ihm anvertrauten Menschen als Herausforderung, nahm es als seine Aufgabe an, die Wunden dieser Menschen zu verbinden durch Zuhören und Beraten, durch Helfen und Beistehen, durch Begleiten und durch das Überbrücken von Gräben. Er wirkte motivierend dort, wo Mutlosigkeit Einzug gehalten hatte, er gab Orientierung, wenn Stimmenvielfalt die Probleme zu überlagern drohten.

Wir trauern mit den Angehörigen nicht nur um einen verdienten Kollegen, der weit vor der Zeit von uns gegangen ist, wir trauern um einen gütigen, verständnisvollen, lieben Menschen, der vielen Strafvollzugsbediensteten in treuer Freundschaft verbunden war.

Wir werden unserem Kollegen, Ltd. Regierungsdirektor Henning Köster, ein ehrendes und uns allzeit verpflichtendes Andenken bewahren.

Düsseldorf, den 11. Juni 2010

Für den  
**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands**  
**Landesverband Nordrhein-Westfalen**

Klaus Jäkel  
**Landesvorsitzender**

## Landtagswahl 2010

# Was haben sich die Politiker dabei nur gedacht?

**A**m Abend des 9. Mai 2010, dem Tag der Landtagswahl, waren die Landespolitiker mehr oder weniger ratlos. Nachdem keine der zuvor favorisierten Koalitionsvarianten über eine Mehrheit verfügte, zeichnete sich bereits eine schwierige Regierungsbildung ab. Die CDU war vom Wähler abgestraft worden. Man büßte mehr als 10 Prozentpunkte ein, blieb aber mit einem Plus von 6.200 Stimmen gegenüber der SPD stärkste politische Kraft im Land. Die SPD verlor zwar ebenfalls 2,6 Prozent, freute sich jedoch über ein gegenüber den Prognosen der Demoskopie gutes Wahlergebnis. Wirklicher Wahlsieger war Bündnis 90/Die Grünen, die ihren Stimmenanteil gegen 2005 fast verdoppeln konnte. Die FDP konnte ihr Ergebnis von 2005 leicht verbessern, empfand dies jedoch als Niederlage, weil man gegenüber dem Bundestagswahlergebnis von 2009 einen hohen Stimmenverlust hinnehmen musste. Zufrieden zeigte sich Die Linke, die mit 5,6 Prozent der abgegebenen Stimmen erstmals in den nordrhein-westfälischen Landtag einzog.

Ein Blick auf die Sitzverteilung verdeutlicht, dass weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün über eine Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag verfügen. Keine dieser beiden Konstellationen erreichte die nötige Zahl von 91 Sitzen. CDU und SPD erreichten jeweils 67 Landtagsmandate, Bündnis 90/Die Grünen verfügen über 23 Sitze, während auf FDP 13 und auf Die Linke 11 Mandate entfallen. Neben einer großen Koalition waren damit nur noch Dreier-Koalitionen möglich.

Zwar bot die CDU den Grünen, den Sozialdemokraten und den Liberalen Verhandlungen an, zog sich dann jedoch schnell zurück und überließ den „gefühlten“ Wahlsiegern das Feld.

## SPD hält die Abgeordneten der Links-Partei für „unsichere Kantonisten“

Die SPD-Vorsitzende **Hannelore Kraft** favorisierte zunächst Sondierungsgespräche mit Bündnis 90/Die Grünen und der Links-Partei. Dies hätte neben der Chance, zur Ministerpräsidentin des Landes gewählt zu werden, auch die vermeintliche Chance eröffnet, eine stärker sozialdemokratisch geprägte Politik durchzusetzen. Aber bereits nach Stunden der Sondierung scheiterten diese

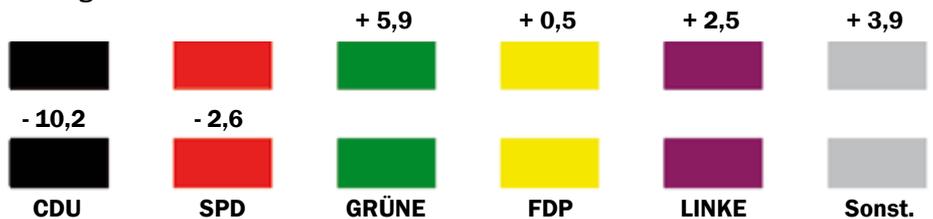
## Landtagswahl 2010

### Zweitstimmen in Prozent



### Gewinne und Verluste

#### im Vergleich zu 2005



Vorverhandlungen grandios. Dabei hatte **Die Linke** extra einen „Aufpasser“ aus Berlin dabei, der die Mandatsträger des eher ideologisch und dogmatisch ausgerichteten Landesverbandes NRW an die Kandare nehmen sollte.

Allein der erwünschte und angestrebte Erfolg blieb aus. Entnervt zogen **Hannelore Kraft** (SPD) und **Sylvia Löhrmann** (Die Grünen) die Notbremse.

Diese Regierungskonstellation, von der sich die Akteure eine grundlegend andere Politik versprochen hatten, war recht bald Geschichte.

Zuvor hatte die FDP bereits Sondie-

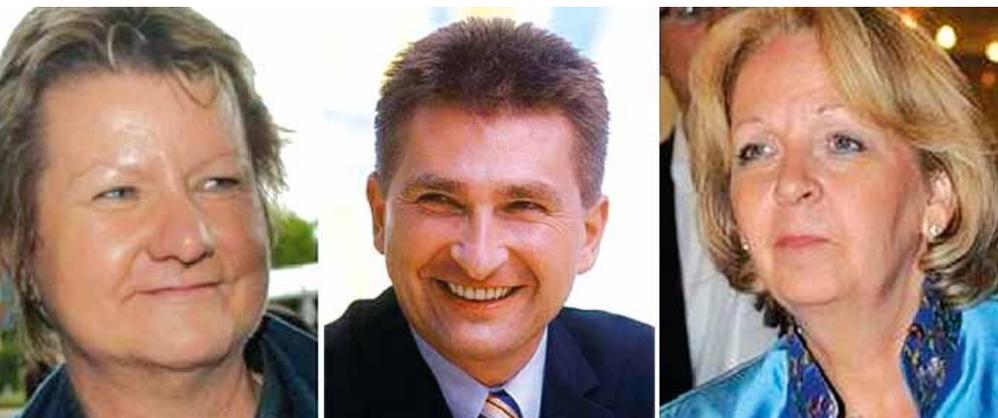
rungsgespräche für eine „Ampelkoalition“ abgesagt, weil **Rot-Grün** auch mit der **Links-Partei** sprechen wollte.

Danach blieb **Hannelore Kraft** nur noch die Option, die Möglichkeit einer großen Koalition auszuloten. Die Sondierungsgespräche verliefen in einer angemessenen Atmosphäre und Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** (CDU) signalisierte auf vielen Politikfeldern auch Kompromissbereitschaft.

## Große Koalition wäre möglich, ist aber nicht gewünscht

Letztlich war allen Beteiligten jedoch klar, dass die „gefühlte“ Wahlsiegerin **Hannelore Kraft** in einer solchen Koalition ihren Anspruch auf das Amt der Ministerpräsidentin nicht würde realisieren können. Schließlich ist es ein ungeschriebenes Gesetz, dass die Partei, auf die bei einer Landtagswahl die meisten Stimmen entfallen sind, auch Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten erhebt. Und es waren keine Gründe ersichtlich, warum die CDU von diesem Grundsatz hätte abweichen sollen.

Auch schreckten die Erfahrungen mit der gerade vor Jahresfrist abgewählten großen Koalition auf Bundesebene ab.



Sylvia Löhrmann (Grüne), Andreas Pinkwart (FDP) und Hannelore Kraft (SPD) waren nicht in der Lage, ihre politischen Auffassungen im Kompromisswege anzugleichen.



**Auf Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) warten in den nächsten Wochen und Monaten große politische Herausforderungen. Die Opposition will mit wechselnden Mehrheiten versuchen, seine Regierung zu einer anderen Politik zu zwingen.**

Hier hatte die **SPD** massive Stimmenverluste eingefahren. Vergleichbares sollte in Nordrhein-Westfalen unter allen Umständen vermieden werden.

Zudem schien es überaus schwierig zu sein, die Basis, die im Wahlkampf nachdrücklich Front gegen die **Regierung Rüttgers** gemacht hatte, dafür zu erwärmen, eine Koalition mit jener Partei

Einfluss von Partei-Chef **Pinkwart** bedurft hatte, um die Zustimmung der Parteigremien für dieses Vorgehen zu erhalten.

Das die **FDP** sich womöglich als ein „Wackelkandidat“ erweisen könnte, sollte sich als schwere Belastung für die Sondierungsgespräche herausstellen. In der Nacht zum 11. Juni 2010 scheiterten die Sondierungsgespräche von **SPD**, **FDP** und **Grünen** endgültig. Als Hauptstreitpunkt für das Scheitern benannte **FDP**-Vorsitzender **Andreas Pinkwart** die Schulpolitik. **Rot-Grün** habe das „Stöckchen“ der Einführung einer Gemeinschaftsschule hoch gehalten und die **FDP** sei letztlich weder willens noch in der Lage gewesen, über diese Hürde zu springen. Eine solche

Schulpolitik rühre an die Grundfeste liberaler Überzeugungen. Diese Position habe nicht aufgegeben werden können. Aus Teilnehmerkreisen verlautete, dass auch die Atompolitik sehr strittig verhandelt worden sei. Die Liberalen hätten sich für längere Laufzeiten der Atommeiler ausgesprochen, **SPD** und **Grüne** hätten diesen Vorschlag strikt abgelehnt. Auch in den Themenbereichen Wirtschaft und Verkehr hätten die Ansichten weit auseinander gelegen.

Das bevölkerungsreichste Bundesland stand damit auch fünf Wochen nach der Landtagswahl immer noch ohne neue Landesregierung da. Und so langsam gingen die Optionen aus. Denkbar waren nur noch eine große Koalition, eine

Minderheitsregierung oder Neuwahlen. Für Neuwahlen gibt es derzeit allerdings wohl keine Mehrheit im Landtag. So sind die **Grünen** mit ihrem Ergebnis bei der Landtagswahl bestens zufrieden.

## Politik manövriert sich in die Sackgasse

**SPD** und **CDU** müssen befürchten, dass sie in diesem Fall vom Wähler abgestraft werden für die offensichtliche Unfähigkeit, eine stabile Regierung für Nordrhein-Westfalen zu bilden. Für **FDP** und **Links-Partei** ginge es um nicht mehr und nicht weniger als die politische Existenz. Da verwundert es nicht, dass die Bereitschaft, noch einmal das Wahlvolk zu befragen, in allen politischen Lagern nicht sehr stark ausgeprägt ist.

Schnell meldet sich nach dieser Wendung **Klaus Ernst**, Chef der **Links-Partei**, zu Wort. Es sei jetzt an der Zeit, bestehende Vorbehalte im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen zurückzustellen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Es biete sich die einmalige Chance, die Zumutungen der Bundesregierung über den Bundesrat zu stoppen, um den Sozialabbau zu verhindern. Es sei jetzt an **Frau Kraft**, ein **rot-rot-grünes** Bündnis zu schmieden. Dieses Angebot wurde von der **SPD** einfach ignoriert.

Hatten jetzt alle mit der Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche zwischen **SPD** und **CDU** gerechnet, wurde man schnell eines Besseren belehrt.

**SPD**-Landesvorsitzende **Hannelore Kraft** setzte für den 11. Juni 2010 eine Sitzung der Parteigremien an und trat dann in den späten Abendstunden vor die versammelten Medienvertreter mit der überraschenden Botschaft, dass die **SPD** ihre Versuche, eine neue Landesregierung zu bilden, einstelle. Damit gab sie Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** einen Korb, der der **SPD** zuvor über die Medien Verhandlungen angeboten hatte.

## SPD startet das Experiment des Regierens aus der Opposition heraus

Selbstverständlich ist das Ergebnis, das der Wähler der Politik am 9. Mai 2010 beschert hat, überaus kompliziert. Mit dem Einzug der **Linken** in den Landtag haben sich die Mehrheitsverhältnisse nicht gerade vereinfacht. Doch die Bürger erwarten, dass die Parteien mit diesem Ergebnis verantwortlich umgehen. Für taktische Spielchen haben sie kein Verständnis.



**Hannelore Kraft (SPD) und Sylvia Löhrmann (Grüne) sind mit dem Versuch gescheitert, eine stabile Regierung für Nordrhein-Westfalen zu bilden.**

einzugehen, deren Spitzenkandidaten sie im Wahlkampf gerade so vehement bekämpft hatte.

## Ampelkoalition scheitert nach Sondierung

Als die **FDP** durch ihren Vorsitzenden **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** zaghafte Annäherungsversuche unternahm, um nach Beendigung der Gespräche von **Rot-Grün** mit den Linken doch noch die Möglichkeiten einer Ampel-Koalition auszuloten, nahmen **SPD** und **Grüne** den Ball auf und boten Sondierungsgespräche an. In Vorbereitung dieser Treffen sickerte durch, dass es des ganzen

Die Absage der **SPD** an eine große Koalition ist kaum nachzuvollziehen, weil sie eine realistische Möglichkeit geboten hätte, eine stabile Regierung für Nordrhein-Westfalen zu bilden. Angesichts der Signale aus dem „Noch-Regierungslager“ wäre eine solche Koalition durchaus in der Lage gewesen, die Weichen auch im Bildungsbereich im Sinne des von der **SPD** beschworenen Politikwechsels zu stellen. Jetzt bleibt die **Regierung Rüttgers** bis auf weiteres geschäftsführend im Amt. Das Regieren im bevölkerungsreichsten Bundesland wird zu einer Tortur.

Die nordrhein-westfälische **SPD**-Vorsitzende **Hannelore Kraft** begründete diese Haltung: „Wir haben in den letzten Wochen vieles ausgelotet, wir haben versucht, eine stabile Regierung zu bilden. Dies ist aber nicht möglich gewesen. Die **FPD** konnte und wollte irgendwann nicht mehr. Bei der **CDU** hat die Sondierung deutlich gemacht, dass ein Politikwechsel derzeit nicht möglich ist“, erklärte die **SPD**-Chefin. Die **SPD** werde jetzt versuchen, ihre Politik über Anträge und Gesetzentwürfe im Parlament durchzusetzen. Hierfür werde es von Fall zu Fall Mehrheiten im Parlament geben, die wir suchen und finden werden.

An der Bildung einer Minderheitsregierung habe ihre Partei kein Interesse und auch Neuwahlen kämen nicht in Frage. Man müsse auch beobachten, was gesamtpolitisch passiere. Die desolante Verfassung der Bundesregierung könne noch zu Entwicklungen führen, durch die auch die Karten in NRW neu gemischt werden könnten, meinte **Kraft**. Der Politikwechsel werde jetzt aus dem Parlament heraus in Gang gesetzt, so **Krafts** Idee. Von den Oppositionsbänken soll **SPD**-Politik mit wechselnden Mehrheiten durchgesetzt werden. Der geschäftsführende Ministerpräsident **Rüttgers (CDU)** habe diese Politik dann umzusetzen.

Wie lange die ungewöhnliche Situation in NRW bestehen bleiben kann, weiß **Kraft** nicht. Mit Hessen, wo sich Ministerpräsident **Roland Koch** ein Jahr **gegen** eine **rot-rot-grüne** Mehrheit im Amt gehalten hatte und anschließend in Neuwahlen bestätigt wurde, sei die Situation in NRW nicht vergleichbar, glaubt die **SPD**-Vorsitzende. Immerhin verfüge **Rot-Grün** über zehn Sitze mehr als **Schwarz-Gelb**. Dies sei ein Potential, das genutzt werden wolle. „Wir werden

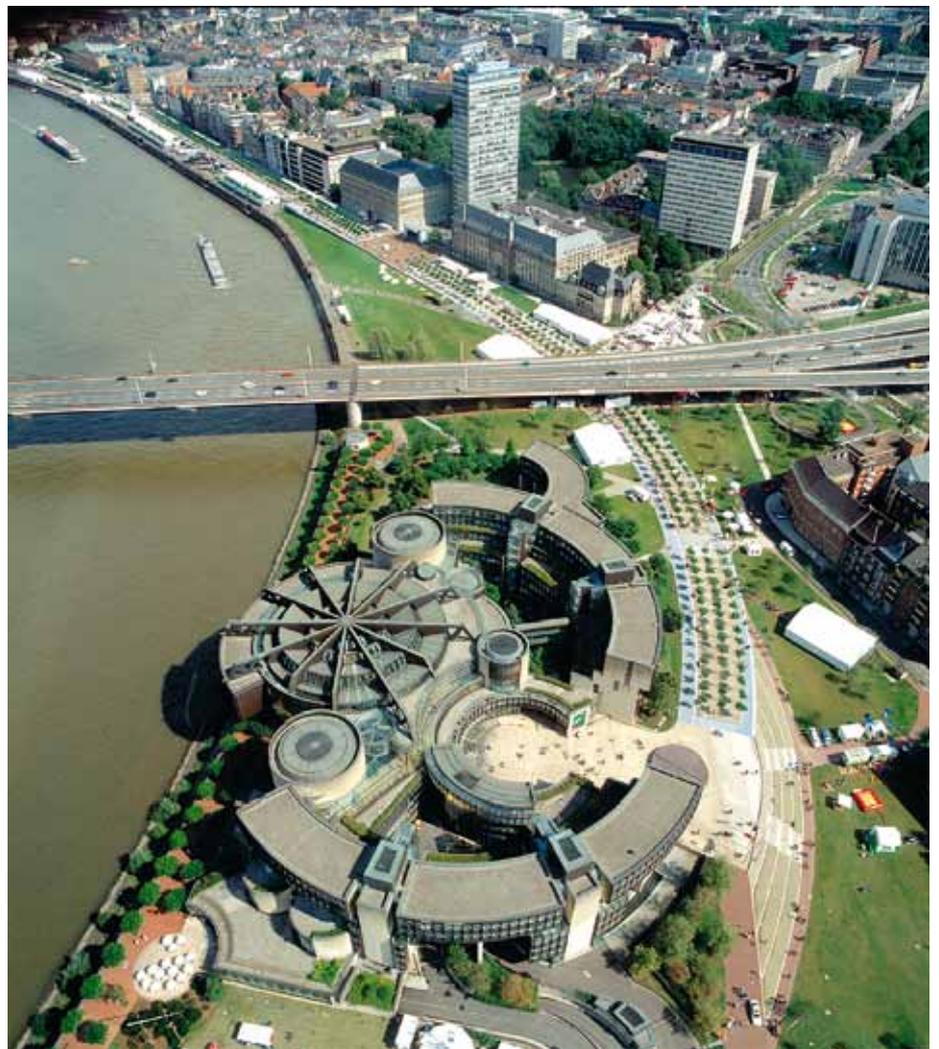
sehen, wer sich an welcher Stelle weiterentwickelt und bewegt“, setzt **Kraft** darauf, dass bei anderen Parteien noch ein Sinneswandel eintritt und die Bildung einer neuen Koalitionsregierung unter ihrer Führung zu einem späteren Zeitpunkt möglich wird.

### Nordrhein-Westfalen hat Besseres verdient

Das Land steckt mitten im Strukturwandel, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind noch nicht überwunden, da stecken wir zu allem Überfluss auch noch in einer tiefen Krise unseres politischen Systems. Die seit mehr als einen Monat anhaltenden Sondierungen waren im Wesentlichen davon geprägt, soviel wie möglich von den eigenen Vorstellungen politisch umzusetzen. Dies

ist richtig und gut! Wenn aber letzten Endes die eigenen Positionen so hartnäckig verfolgt werden, dass Kompromisse auch unter den demokratischen Parteien in weite Ferne rücken, dann gleiten wir übergangslos in eine tiefe Krise der Demokratie.

Es darf nicht sein, dass in diesem Land **hessische Verhältnisse** Einzug halten. Allein schon aus Respekt vor dem Land und seine Menschen sind alle politischen Kräfte aufgerufen, dieses unwürdige Schauspiel umgehend zu beenden. Allein der Anspruch, die nächste Landesregierung führen zu wollen, reicht nicht aus, um das Land in die politische Lethargie zu entlassen. Und wenn die politischen Gegensätze wirklich so groß sind, dass es für „Brückenbauer“ keine Chancen gibt, dann sollte der Souverän ein zweites Mal befragt und der **Weg für Neuwahlen** freigemacht werden.



Der Landtag wird in den nächsten Monaten Schauplatz des Experiments sein, die Regierungspolitik aus der Opposition heraus zu bestimmen.

Besuchen Sie uns im Internet

[www.bsbd-nrw.de](http://www.bsbd-nrw.de)

Land investiert 3,1 Millionen Euro

## Die JVA Büren weiht neues Sanitätsgebäude ein

In der Justizvollzugsanstalt Büren können bis zu 535 Gefangene untergebracht werden. Künftig steht für die ärztliche Versorgung eine leistungsfähige Krankenabteilung zur Verfügung. Mehr als 12.500 Behandlungen, jeweils 3.000 Zugangs- und Abgangsuntersuchungen und 3.000 Röntgenuntersuchungen, stellen das Volumen an ärztlichen Aufgaben und Verrichtungen dar, das im neuen Sanitätsgebäude jährlich abgearbeitet werden muss. Ab sofort stehen für die Wahrnehmung dieser Aufgaben angemessene Räumlichkeiten mit einer entsprechenden Infrastruktur zur Verfügung. Im Rahmen einer Feierstunde wurde dieses neue Sanitätszentrum jetzt seiner Bestimmung übergeben. Viele Gäste aus Strafvollzug, Politik und Verwaltung hatten es sich nehmen lassen, diesem Festakt beizuwohnen.



Zu der neuen Krankenabteilung der JVA Büren gehört auch eine moderne Zahnarztpraxis, von deren Qualität und Funktionalität sich (von links) Bürgermeister Burkhard Schwuchow, Beiratsvorsitzender Werner Paaßen, Landtagsabgeordnete Maria Westerhorstmann, Anstaltsleiter Volker Strohmeier, Peter Kamp vom Justizministerium sowie Heinrich Micus und Ferdinand Tiggemann vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW persönlich überzeugten.

Peter Kamp, Abteilungsleiter im NRW-Justizministerium, Ferdinand Tiggemann, Geschäftsführer des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW, und Heinrich Micus, Leiter der BLB-Niederlassung Bielefeld, konnten Volker Strohmeier, Leiter der Bürener Vollzugeinrichtung, einen in nur einem Jahr Bauzeit errichteten Sanitätsbereich übergeben, der in funktionaler Hinsicht den Bedürfnissen mehr als nur entspricht. Auch Werner Paaßen, Vorsitzender des Anstaltsbeirates, zeigte sich hochofren, dass sich die Zeiten der Provisorien dem Ende zuneigen.

Mit der Ausweitung der Zuständigkeit der JVA Büren für Abschiebe- und Strafhafte zeichnete sich ab, dass der bisher nicht zu groß dimensionierte Sanitätsbereich den Anforderungen auf Dauer nicht gewachsen sein würde. Das Röntgengerät, im Bereich der Abschiebehaft ein unverzichtbares diagnostisches Hilfs-

mittel, musste bislang im Keller eines Nebengebäudes untergebracht werden. Statt viele kleine Lösungen zu erwägen, entschloss man sich, einen Kranken-



bereich zu schaffen, der auch von den Arbeitsbedingungen und -abläufen her bedürfnisgerecht gestaltet sein sollte. „Dieses Ziel haben wir unter Beteiligung der Praxis und in Zusammenarbeit mit Ministerium und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb in vollem Umfang realisieren können“, freute JVA-Leiter **Volker Strohmeier**.

Das neue Sanitätsgebäude steht in einem 90-Grad-Winkel zu Haus 1 und ist mit diesem durch eine Brücke verbunden. Hier sind nicht nur Räume für das medizinische Team sowie Behandlungs-, Röntgen-, Zahnarzt- oder Desinfektionsräume entstanden, sondern es verfügt zudem über sechs Plätze für die stationäre Aufnahme von Inhaftierten. Ein hauptamtlicher Anstaltsarzt, zwei Röntgen-Assistentinnen mit je einer Viertelstelle sowie sechs Krankenpflegekräfte sind rund um die Uhr damit befasst, die Menschen auf der Sanitätsstation zu behandeln und zu versorgen. Erkrankungen, die die Möglichkeiten der Bürener Krankenabteilung übersteigen, werden im Justizvollzugskrankenhaus in Fröndenberg behandelt.

Im Obergeschoß des zweigeschossigen Neubaus sind Einzelhaftträume – davon einer mit Kameraüberwachung – entstanden, die dazu dienen, das Problem der Mehrfachbelegung von Haftträumen deutlich zu reduzieren. Insgesamt umfasst der Neubau eine Fläche von 1.160 Quadratmetern. Die dafür notwendigen vorgefertigten Formteile wurden mit großen Kränen an Ort und Stelle zusammengesetzt und mit Beton verfestigt. Anschließend wurden die Fassaden mit roten Ziegeln verkleinert, damit sich das Erscheinungsbild den bereits vorhandenen Hafthäusern optisch anpasst. „Das ging

relativ flott“, erinnert sich **Strohmeier**. Der Umzug in die neuen Räumlichkeiten soll in Kürze erfolgen. Die Außenanlagen werden in den kommenden Monaten gestaltet und dem übrigen Anstaltsbereich angepasst.

**Die JVA Büren und der BLB NRW hatten keine Mühen gescheut und die Einweihung mit hohem logistischem Aufwand vorbereitet.**

## Der Kommentar von Wilhelm Bokermann



Die Angst der NRW-SPD vor der Regierungsverantwortung

# Alles nur „heiße Luft“, Frau Kraft?

**D**ie „gefühlte“ NRW-Wahlsiegerin vom 9. Mai 2010, SPD-Chefin Hannelore Kraft, hat alle Sondierungen für eine wie auch immer geartete Regierungskoalition scheitern lassen. Damit hat sie eine für die Sozialdemokratie auf Landes- wie auch Bundesebene anfänglich gute Ausgangsposition glatt verspielt. Warum nur?

Koalitionen machen Kompromisse erforderlich. Wer unter solchen Umständen das höchste Staatsamt in NRW anstrebt, der darf nicht nur große „Reden schwingen“ und immer neue taktische Spielchen betreiben, sondern muss letztendlich zur Übernahme von Verantwortung bereit sein.

Kompetenz ist jetzt gefragt. Das erwarten auch die Menschen in diesem Lande, zumal deren Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft auf Grund der von den USA ausgelösten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise berechtigterweise sehr groß ist. Diese Last der Verantwortung für das Land NRW jetzt auf die alte, abgewählte CDU/FDP-Koalition unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers abwälzen zu wollen, indem diese von Fall zu Fall zum „Büttel“ einer rot-dunkelrot-grünen parlamentarischen Mehrheit gemacht werden soll, lässt den wirklichen politischen Stil der SPD-Frontfrau erkennen. Den von ihr zuvor lautstark angekündigten Politikwechsel will Hannelore Kraft nunmehr mit eigenen Gesetzesanträgen aus der Mitte des Landtages heraus – und das erforderlichenfalls mit ständig wechselnden Mehrheiten – auf den Weg bringen. Dabei soll der geschäftsführende Ministerpräsident Jürgen Rüttgers wohl solange die „Handlangerfunktion“ übernehmen, bis er zermürbt das Handtuch wirft. Ob diese Rechnung aufgeht?

### FDP hat nie ein wirklich faires Gesprächsangebot erhalten

Erste Kritik kommt bereits von jenen, mit denen Hannelore Kraft künftig ihre Art von Politikwechsel betreiben will. So haben Vertreter der PDS-Nachfolgepartei, die Links-Partei, darüber geklagt, dass man sie nur zu „Scheingesprächen“ eingeladen habe. Die FDP war offensichtlich sauer darüber, nie ein wirklich faires Gesprächsangebot aus der SPD-

Geschäftsstelle erhalten zu haben. Und die Grünen? Sie sehen sich um die fast schon zum Greifen nahe Macht gebracht und mahnen die SPD, dass man nicht zusehen dürfe, wie die abgewählte schwarzgelbe – immer noch im Amt befindliche – Landesregierung Vorhaben der Bundesregierung, wie z. B. das Sparpaket, im Bundesrat durchwinken würde. Verbale Unterstützung erfahren die NRW-GRÜNEN durch ihren Ober-Grünen aus Berlin, Jürgen Trittin. Nach seiner Lesart sind SPD und Grüne gewählt worden,



Hannelore Kraft ist am Zug. Sie muss sich im Interesse des Landes entscheiden zwischen großer Koalition mit Jürgen Rüttgers (re.) und Neuwahl. Dem Land eine monatelange Hängepartie und die „Vorführung“ des politischen Gegners zuzumuten, wäre ein unwürdiges Schauspiel.

um Jürgen Rüttgers als Ministerpräsidenten abzulösen. Der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung sagte Trittin: „Es wäre nicht zu verstehen, wenn die SPD nicht die Kraft hat, selbst eine Minderheitsregierung zu bilden, aber nichts dabei findet, eine Minderheitsregierung unter Rüttgers zu tolerieren.“

Und was macht Jürgen Rüttgers, der CDU-Mann, um den es immer wieder geht? Er erweist sich der staatspolitischen Verantwortung für NRW – auch unter den jetzt gegebenen, für ihn zweifelsfrei schwierigen Umständen – noch gewachsen. Sein Angebot einer großen Koalition an die SPD wurde von der SPD-Chefin Hannelore Kraft wiederholt abgelehnt. Warum nur? Gemeinsame Schnittmengen waren laut Jürgen Rüttgers in ausreichender Menge vorhanden. Hat das

Ganze vielleicht auch etwas mit verletzter Eitelkeit einer Möchtegern-Ministerpräsidentin zu tun? Wohl nicht ganz zu Unrecht beklagt der CDU-Chef, dass seine Kontrahentin „ihre Parteiinteressen über die Landesinteressen“ stelle, denn eine große Koalition könnte NRW aus der Krise zu einer vernünftigen und stabilen Regierung verhelfen.

### Das Ziel kann nur lauten: Neuwahlen müssen her

Das kann man gutheißen. Falls es dazu – wider Erwarten – doch noch kommen sollte, wären damit auch Signale nach Berlin möglich, die die Bundesregierung stärker an die Erfüllung ihres ver-



fassungsmäßigen Auftrages erinnern könnten, nämlich insbesondere dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen, anstatt es zu einem beliebigen „Dukatenesel“ zu degradieren. Bleibt die Frage, ob die Wählerinnen und Wähler in diesem Lande bei ihrer Stimmabgabe am 9. Mai 2010 ein Chaos – wie es sich derzeit abzeichnet – gewollt haben? Wohl kaum! Politische Berechenbarkeit als Basis für die Realisierung persönlicher Zukunftsplanungen ist unter diesen Umständen jedenfalls kaum möglich. Die Glaubwürdigkeit der Politik hat einen nur schwerlich zu reparierenden Schaden erlitten. Die Verlierer sind indes die Wähler, und damit wir alle. Das Ziel kann nur lauten: Neuwahlen müssen her, auch gegen den erklärten Willen der SPD, damit die Zukunft wieder kalkulierbarer wird!

OV Heinsberg

## Personalentwicklung hält Baufortschritt nicht stand!

**B**ei der JVA Heinsberg werden gegenwärtig umfangreiche Bauarbeiten durchgeführt. Nach deren Abschluss wird sich die Kapazität der Einrichtung verdoppelt haben. Im Rahmen der Jahreshauptversammlung kritisierte der BSBD, dass die baulichen und die personellen Entwicklungen nur unzureichend aufeinander abgestimmt seien. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, wenn die Funktionsfähigkeit der Anstalt nach Abschluss der Bauarbeiten unausgesetzt sichergestellt werden solle. Angesichts dieser unklaren Situation konnte OV-Vorsitzender Hans-Heinrich Erkens zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sowie Gäste des Landesverbandes und des Ortsverbandes Bielefeld-Senne begrüßen.

Für den BSBD-Landesverband nahm der stellvertretende Landesvorsitzende **Theo Wiczorek** an der Mitgliederversammlung teil. Besonders die Nachwuchskräfte konnte er einigermaßen beruhigen, weil auch in diesem Jahr die Übernahme aller geprüften Anwärtinnen und Anwärter gesichert ist. „Jeder hat eine berufliche Perspektive. Nicht gesichert ist allerdings eine Beschäftigung bei der JVA Heinsberg. Ursächlich hierfür ist, dass Heinsberg nicht oder noch

arbeitet, das die Risiken und Unzulänglichkeiten des alten Systems möglichst vermeiden sollte.

### Neues Spitzenamt im Werk- und allgemeinen Vollzugsdienst

Als einen beachtlichen gewerkschaftlichen Erfolg konnte **Theo Wiczorek** den Versammlungsteilnehmern die Öffnung der Besoldungsgruppe A 11 BBO für Spitzenfunktionen der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und Werkdienstes vorstellen. Es habe zwar einiger Zeit sowie vieler Gespräche und Interventionen des BSBD bedurft, bis dieses Ziel tatsächlich erreicht gewesen sei, doch jetzt sei



Jörg Winkens, stv. OV-Vorsitzender.



BSBD-Landesvize Theo Wiczorek.

nicht über eine ausreichende Zahl an Stellen verfügen kann“, erläuterte **Wiczorek**. Um mittelfristig eine akzeptable Lösung zu entwickeln sei der BSBD und auch der Hauptpersonalrat Strafvollzug in intensive Gespräche mit dem Justizministerium eingetreten, deren Ergebnisse abgewartet werden müssten, informierte der Gewerkschafter. „Wir sind aber guter Hoffnung, dass sich eine einvernehmliche Lösung finden lassen wird.“

In den zurückliegenden Jahren, erinnerte **Wiczorek**, sei ein Personalverteilungssystem entwickelt und realisiert worden, dass für viel Unmut in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugseinrichtungen gesorgt habe. Die Kritik und der Protest seitens der Basis und der Interessenvertretungen habe letztlich eine Dimension erreicht, dass das nordrhein-westfälische Justizministerium die Reißleine gezogen und die Ergebnisse des Personalverteilungssystems zurückgenommen habe. Seither, so **Wiczorek**, werde intensiv an einem neuen Verfahren ge-

diese Forderung unter Dach und Fach gebracht. „Wir sind froh, dass die Stellen noch vor der diesjährigen Landtagswahl vergeben werden konnten. Der BSBD ist allerdings nicht mit dem Vergabeverfahren einverstanden. Hier sind in etlichen Fällen Stellenzuweisungen nach Kriterien erfolgt, die wir nicht nachvollziehen konnten. Wir werden hier in Gesprächen mit dem Ministerium noch einmal den Finger in die Wunde legen müssen“, zeigte sich der BSBD-Gewerkschafter kämpferisch.

### Was wird aus der Dienstrechtsreform?

Die Landesregierung hat – den Ausführungen **Wiczoreks** zu Folge – im letzten Jahr die Dienstrechtsreform bereits vorbereitet. Im Jahr 2011 soll diese große Reform des Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts abgeschlossen werden. Der Übergang der Gesetzgebungskompetenz vom Bund auf die Bundesländer

soll damit für Nordrhein-Westfalen umgesetzt und ausgefüllt werden. Auf dem Prüfungsstand stehe, so der Gewerkschafter, das gesamte System der Laufbahngruppen und der Laufbahnen. „Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung diese Möglichkeit zur Neuordnung nicht zu weiteren Sparmaßnahmen beim öffentlichen Dienst nutzt“, mahnte **Wiczorek**.

„Außerdem sieht der BSBD die gesamte Entwicklung in diesem Bereich überaus kritisch. Wenn künftig das Dienstrecht auf Landesebene geregelt werden kann, wird der öffentliche Dienst ein gerüttelt Maß an Flexibilität verlieren. Bislang herrschen noch in etwa vergleichbare Rahmenbedingungen, so dass ein Wechsel von einem Bundesland zu einem anderen nicht mit gravierenden Einkommenseinbußen verbunden ist. Dies kann sich bei der Neuregelung jedoch grundlegend ändern. Der BSBD strebt deshalb gemeinsam mit dem dbb wieder ein bundeseinheitliches Dienst- und Versorgungsrecht an“, machte der Vize-Chef des BSBD NW deutlich.

### „Die Stellen müssen dem Bedarf folgen, nicht umgekehrt!“

Der stv. OV-Vorsitzende **Jörg Winkens** berichtete anschließend über die Bemühungen von Anstaltsleitung, Personalrat und BSBD für die Nachwuchskräfte eine akzeptable Lösung zu finden. Gemeinsam sei man der Auffassung, dass alle Kräfte, die im Hinblick auf die Erweiterung der Anstalt eingestellt worden seien, dringend benötigt würden. Zwischenzeitlich habe große Verunsicherung im Kreis der Nachwuchskräfte Einzug gehalten. Es müssten endlich sachgerechte Entscheidungen her, die auch länger als einige Tage belastbar seien. Durch den Erweiterungsbau und dessen Ausstattung würde in erheblichem Umfang Personal gebunden, das für den normalen Dienst nicht zur Verfügung stehe. „Deshalb werden wir alles daran setzen, die Beschäftigung der Nachwuchskräfte unmittelbar bei der JVA Heinsberg zu erreichen. Auch wenn wir noch nicht über die notwendigen Stellen verfügen, so besteht hier doch ein entsprechender Personalbedarf, der vom Justizministerium eigentlich nicht übersehen werden darf. Die Stellen müssen dem Bedarf folgen, nicht umgekehrt“, skizzierte **Winkens** die Zielrichtung der koordinierten Gewerkschaftsarbeit der nächsten Wochen und Monate.



BSBD

DBV Deutsche Beamtenversicherung AG



An alle

**Mitglieder der Gruppensterbegeldversicherung**  
im Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

### Informationspflicht gemäß § 6 Versicherungsvertragsgesetz

**Liebe Mitglieder,**

in den Zeitungen war viel über die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes zu lesen. In diesem Zusammenhang haben wir mit der **DBV** (Deutsche Beamtenversicherung

Lebensversicherung AG) vereinbart, dass wir unseren Informationsservice zu Sterbegeldversicherungen weiter verbessern.

Mussten Sie sich bislang an die **DBV** wenden, können Sie sich jetzt direkt an uns wenden, wenn Sie den aktuellen Stand Ihrer Sterbegeldversicherung erfahren möchten.

Schicken Sie einen Brief, ein Fax oder eine E-Mail an

**Harald Neuhaus**, Roermonder Straße 103,  
52525 Heinsberg, Tel.: 02452/989.246,  
Fax: 02452/989.247,  
E-Mail: [bsbd.neuhaus@online.de](mailto:bsbd.neuhaus@online.de).

Benötigt wird die Angabe der versicherten Person, die zugehörige Versicherungsnummer und die Bezeichnung des Empfängers (Versicherungsnehmer) der Informationen.

Sie erhalten dann umgehend die gewünschte Information von uns. **Ihr BSBD Landesverband**

OV Bielefeld-Oberems

## Werk eines Premium-Herstellers von Haushaltsgeräten besichtigt

**D**ie Pensionäre des BSBD-Ortsverbandes besichtigten im Frühjahr die **Fa. Miele** in Gütersloh. Dieses bekannte Industrieunternehmen hat Gütersloh und die Region nachhaltig geprägt. Vor der Besichtigung erfolgte eine Einweisung in die Philosophie der Firmengründer **Carl Miele** und **Reinhard Zinkann**. Als Grundlage ihres unternehmerischen Handelns sahen sie das Bemühen um ständige Innovationen an. Nur wer immer besser werde, könne sich im harten Konkurrenzkampf dauerhaft am Markt behaupten.

Beim Rundgang durch das Werkmuseum und die Produktpräsentationen konnte man einen Eindruck davon gewinnen, welchen Aufwandes es bedarf, Tag für Tag einen bekannt hohen Qualitätsstandard zu halten. Hier geht das Unternehmen auch keinerlei Kompromisse ein. Neue Produkte werden nicht vorschnell auf den Markt gebracht. Erst wenn die Miele-Qualität 100prozentig erreicht ist, erfolgt die Markteinführung. In der Qualitätsprüfung werden beispielsweise Waschmaschinen im Dauerbetrieb getestet. Die Miele-Produkte funktionierten auch nach 5000 Waschgängen noch einwandfrei, was einer Lebensdauer von 20 Jahren entspricht.

Durch den hohen Qualitätsstandard verfolgt das Unternehmen zugleich das Ziel, energiesparende und ressourcenschonende Haushaltsgeräte zu produzieren. Dem Kunden wird zudem die Möglichkeit geboten, die Geräte stets auf einem technisch aktuellen Stand zu halten. Dafür bietet Miele eine unproblematische und leicht zu handhabende Update-Funktion für die elektronischen Steuerungen der Haushaltsgeräte an.

Miele ist ein Familienunternehmen mit über 16.000 Mitarbeitern, davon mehr als 10.000 in Deutschland. Das Unternehmen verfügt über eigene Vertriebsgesellschaften in über 40 Ländern und ist zusätzlich durch Importeure in der ganzen Welt vertreten. Produziert wird

zum größten Teil in Deutschland. Miele ist eine deutsche Marke – mit einem Ansehen, wie es nur wenige internationale Marken genießen. Dieses Vertrauen dankt das Unternehmen in erster Linie seinen hervorragenden Produkten.

Nach Abschluss der Betriebsbesichtigung bildete das Kaffeetrinken in der Außenstelle Verl den Abschluss der Exkursion. Der Leiter der JVA Bielefeld-Senne, **Uwe Nelle-Cornelsen**, berichtete den Pensionären über die Fusion der Anstalten Bielefeld-Senne und Bielefeld-Brackwede II. Hier gebe es zwar Anlaufschwierigkeiten, die seien aber zu erwarten gewesen. Er sei guter Hoffnung, dass die Kolleginnen und Kollegen bereits recht bald ein gemeinsames Wir-Gefühl entwickeln würden. Von der Fusion würden – von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen – im Wesentlichen die Bediensteten profitieren. In der Außenstelle Verl wird das speziell entwickelte Konzept eines von landesweit fünf Jungtäterprojekten umgesetzt. Junge Straftäter werden hier mit speziellen Behandlungsangeboten sachgerecht auf ihre Entlassung vorbereitet. Zu Beginn des Vollzuges wird eine Potenzialfeststellung durchgeführt, um die

Behandlungsfelder und -erfordernisse definitiv zu bestimmen. Weist ein junger Mann eine erhöhte Gewaltbereitschaft auf, wird diese Problematik im Rahmen eines Antigewalttrainings bearbeitet. Für die Aufarbeitung von Verhaltensdefiziten steht ein Soziales Training zur Verfügung.

Darüber hinaus wird den jungen Männern im Rahmen einer Kochgruppe nahe gebracht, sich Speisen selbst zubereiten zu können und dabei nicht zu teuer einzukaufen. Und auch die körperliche Eräftigung kommt nicht zu kurz. Für die Teilnehmer am Jungtäterprojekt steht die verpflichtende Beteiligung am Freizeitsport auf dem Programm.

Unter der Führung des Bereichsleiters der Außenstelle, **Erich Hemsing**, wurde den Pensionären das baulich zwischenzeitlich vollständig neu gestaltete Gebäude präsentiert. Die Teilnehmer äußerten sich anschließend begeistert über der Gestaltung des Tages und sprachen von einer rundum gelungenen Veranstaltung. Beim Austausch von Erinnerungen klang der ereignisreiche Tag mit einem gemütlichen Beisammensein im Hafthaus Senne der JVA Bielefeld-Senne am späten Nachmittag aus.

Im Frühjahr informierten sich die Pensionäre des OV über den Jungtätervollzug in der Außenstelle Verl.

